

„Oslo-Gespräch“ und „Gaza-Tribunal“ – neue Formen der Palästina-Solidarität

Ilan Pappé, palestine chronicle, 26.11.24

Vieles von dem, was im vergangenen Jahr im historischen Palästina geschah, war vorhersehbar. Was unbegreiflich bleibt, ist die völlige Gleichgültigkeit der europäischen Regierungen gegenüber einem Völkermord, der täglich auf unseren Bildschirmen in so deutlicher Ausführlichkeit übertragen wird, dass niemand an dieser Wirklichkeit, dieser Brutalität und dieser Unmenschlichkeit zweifeln kann.

Die Geschichte lehrt uns, dass anhaltender Aktivismus die Wirklichkeit auf unerwartete Weise beeinflussen kann, auch wenn seine Auswirkungen vorerst unsichtbar bleiben. Die immensen und unermüdlichen Anstrengungen der weltweiten Solidaritätsbewegung mit Palästina könnten eines Tages das israelische Schutzschild der Straflosigkeit durchbrechen

Diese Gleichgültigkeit gegenüber Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die offen von Ländern begangen werden, die sich selbst als Teil der „zivilisierten Nationen“ betrachten, lässt sich nur teilweise erklären. Der Schlüssel findet sich in der näheren Betrachtung der Länder, die eine gewisse Bereitschaft gezeigt haben, Waffenverkäufe an Israel und das anerkannte Palästina teilweise einzuschränken.

Es ist vorhersehbar, dass solche Maßnahmen keine Auswirkungen auf den Staat Israel hatten. Selbst die Schritte der weiter vorausschauenden Staaten haben sich als unbedeutend erwiesen. Der Hauptgrund für diese unwirksame Reaktion liegt darin, dass diese Regierungen immer noch von unzutreffenden Annahmen und Paradigmen ausgehen.

Viele dieser Politiker und Diplomaten sehen sich bestenfalls als Friedensvermittler und spielen oft eine Nebenrolle gegenüber den Amerikanern. Gelegentlich haben sie auch die Führung übernommen. Vor 1948 dominierte Großbritannien die Friedensvermittlung und verkörperte das Gesicht der internationalen Gerechtigkeit. Im Juni 1967 waren Großbritannien und Frankreich maßgeblich an der Resolution 242 des Sicherheitsrates beteiligt. 1993 stand Norwegen an der Spitze des Osloer Abkommens.

Das Wesen dieser Art von Friedensvermittlung bestand darin, die maximalen Zugeständnisse zu ermitteln, zu denen der Staat Israel in Hinblick auf Territorium oder Kontrolle bereit war, und diese Bedingungen der palästinensischen Seite aufzuerlegen. Die Friedensvermittler haben sowohl vor als auch nach Oslo festgestellt, dass selbst diese begrenzten Zugeständnisse für eine gebrechliche palästinensische Führung, die durch jahrelange Besatzung und Unterdrückung geschwächt ist, inakzeptabel

sind. Inzwischen sollte es offensichtlich sein, dass diese Formel nicht funktioniert. Dennoch basiert das einzige Gespräch über den „Tag danach“ nach wie vor auf diesem überholten und bedeutungslosen Paradigma.

Es gibt jedoch mehrere Initiativen, die darauf abzielen, das Beharren der internationalen Gemeinschaft auf einem Paradigma in Frage zu stellen, das ethnische Säuberungen und Völkermord effektiv ermöglicht. Ich möchte zwei dieser Bemühungen erwähnen. Diese Initiativen zeigen, dass sich die Aktivisten für Palästina nicht mit Demonstrationen, Zeltlagern, dem Verfassen von Artikeln und der Boykott-Initiativen begnügen. Stattdessen suchen sie ständig nach neuen Strategien und neuen Aktionsformen, um der dringenden Notwendigkeit, die völkermörderische Politik vor Ort zu stoppen, gerecht zu werden.

„Osloer Gespräch“

Die erste ist die „*Oslo-Konversation*“ über Palästina, die von einer Gruppe angeführt wird, der unter anderem der bekannte norwegische Arzt Mads Gilbert angehört, der weiterhin im Gazastreifen und im Südlibanon tätig ist. Mit dieser Initiative soll das Oslo-Abkommen von 1993 korrigiert werden – ein Projekt, das viele Palästinenser als einen der größten Betrugereien des Westens betrachten. Anstatt Frieden zu schaffen, machte Oslo die israelische Besatzung wirtschaftlicher und salonfähiger.

Diese neue Initiative zielt darauf ab, das Erbe von „Oslo“ neu zu gestalten, indem sie die norwegische Regierung und Gesellschaft von ihrer vorgetäuschten Rolle als Friedensvermittler befreit. Stattdessen fordert sie Norwegen auf, als Verteidiger der palästinensischen Rechte aufzutreten. Dieser Wandel würde Norwegen von einer Quelle für Lösungsvorschläge zu einer Kraft machen, die volle und bedingungslose Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf zeigt.

Obwohl die norwegische Ölgesellschaft Millionen von Dollar in israelische Unternehmen investiert, darunter auch in solche, die in der besetzten Westbank tätig sind, und obwohl die Regierung der amerikanischen Israel-Politik gehorcht, kann Norwegen seine Solidarität nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unter Beweis stellen.

Gaza-Tribunal

Die zweite Initiative ist das *Gaza-Tribunal*, über das im *Palestine Chronicle* berichtet wurde. Eine Gruppe prominenter internationaler Juristen erkundet Möglichkeiten, die internationale Rechtsgemeinschaft wirksamer in die Angelegenheiten Palästinas einzubeziehen.

Ihr Ziel ist es, die zerstörerische Politik des Staates Israel zu beenden und den Wiederaufbau des Gazastreifens zu ermöglichen. Diese Initiative erinnert an das *Russell-Tribunal*, das vor einigen Jahren öffentliche Sitzungen abhielt und die israelischen Besatzungsverbrechen unter Beteiligung von Aktivisten, ehemaligen Diplomaten, Wissenschaftlern und internationalen Juristen aufdeckte.

Es ist schwer vorherzusagen, wie erfolgreich diese oder ähnliche Initiativen sein werden. Sie senden jedoch eine dringende Botschaft, die gehört werden muss.

Diese Bemühungen widersprechen den etablierten Medien und den politischen Narrativen im Westen und darüber hinaus. Die Teilnehmer dieser Initiativen lehnen es kategorisch ab, die Wirklichkeit in Palästina als ein Gleichgewicht zwischen Kolonisator und Kolonisierten darzustellen. Sie weisen auch jede Diskussion über eine Zweistaatenlösung zurück, die ein zentrales Element des Osloer Abkommens war und für Völkerrechtler nach wie vor unantastbar ist.

Die Einbindung von Mitgliedern der politischen Elite und der etablierten Medien, selbst von Randfiguren, in diese Initiativen wäre entscheidend, um der derzeitigen Politik des Staates Israel Einhalt zu gebieten. Dies erfordert einen weniger puristischen und pragmatischeren Ansatz, bei dem Verbündete gesucht werden, die vielleicht nicht die idealen langfristigen Partner sind, aber zu den unmittelbaren Bemühungen um eine bessere Zukunft beitragen können.

Neue Möglichkeiten

Ein solcher Pragmatismus ist unerlässlich angesichts der harten Realitäten, die im Jahr 2025 wahrscheinlich eintreten werden. Die Netanjahu-Regierung, die durch die Wiederwahl von Donald Trump ermutigt wurde, hat ihre Pläne offen diskutiert. Dazu gehören die ethnische Säuberung der Palästinenser aus dem nördlichen Gazastreifen in den Süden, die Ansiedlung von jüdischen Israelis in diesen Gebieten und die Schaffung so beengter Lebensbedingungen im südlichen Gazastreifen, dass die Menschen gezwungen sind, ihn zu verlassen. Netanjahu hat auch geschworen, die Westbank zu annektieren und die Palästinenser in den Gebieten B und C in das Gebiet A zu drängen.

Die Lage ist düster, aber es ergeben sich auch neue Möglichkeiten zum Handeln. Die Taten der zunehmend faschistischen israelischen Regierung können es leichter machen, die weltweite Solidarität für Palästina auszuweiten, sogar in bisher undurchdringliche Räume, wie die deutsche, italienische oder amerikanische Regierung. Aber es ist nicht nur dieses neue faschistische Israel, das zusätzliche Möglichkeiten für Aktionen schafft. Sie ergeben sich auch aus den kumulativen Auswirkungen jahrelanger Solidaritätsbewegungen.

Die Geschichte lehrt uns, dass anhaltender Aktivismus die Wirklichkeit auf unerwartete Weise beeinflussen kann, auch wenn seine Auswirkungen vorerst unsichtbar bleiben. Die immensen und unermüdlichen Anstrengungen der weltweiten Solidaritätsbewegung mit Palästina könnten eines Tages das israelische Schutzschild der Straflosigkeit durchbrechen und das Leiden der Palästinenser, insbesondere in Gaza, lindern. Klar ist, dass diese Anstrengungen verdoppelt und verdreifacht werden müssen, begleitet von neuen Initiativen wie den genannten.

Ja, ich bin mir bewusst, dass das Erstarken rechter und faschistischer Kräfte im Westen Fortschritte in der Palästinafrage verzögert. Aber die Palästinenser sind Teil einer mächtigen globalen Allianz gegen diese Flut des Faschismus. Jeder Erfolg dieses Bündnisses bringt uns der Befreiung Palästinas näher.

*Ilan Pappé ist Professor an der Universität von Exeter. Zuvor war er Dozent für Politikwissenschaft an der Universität von Haifa. Er ist Autor von *The Ethnic Cleansing of Palestine*, *The Modern Middle East*, *A History of Modern Palestine: Ein Land, zwei Völker*, und *Zehn Mythen über Israel*. Zusammen mit Ramzy Baroud ist er Mitherausgeber von „*Our Vision for Liberation*“. Pappé wird als einer der „*Neuen Historiker*“ des Staates Israel bezeichnet, die seit der Veröffentlichung*

einschlägiger britischer und israelischer Regierungsdokumente in den frühen 1980er Jahren die Geschichte der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 neu schreiben. Er hat diesen Artikel für The Palestine Chronicle geschrieben

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/oslo-conversation-and-gaza-tribunal-fresh-modes-of-palestine-solidarity/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de